

An die
Beamtinnen und Beamten sowie die
Beschäftigten des öffentlichen Dienstes
in Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf, im April 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

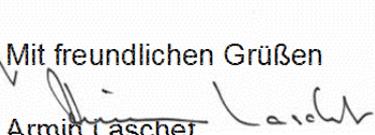
den Unmut über die von der Landesregierung getroffene Entscheidung, die Beamtinnen und Beamten des Landes von der allgemeinen Einkommensentwicklung abzukoppeln, können wir sehr gut nachvollziehen. Noch im Dezember 2011 hatte Ministerpräsidentin Kraft gegenüber dem Deutschen Beamtenbund schriftlich versichert, dass keine weiteren Einschnitte bei der Beamtenschaft geplant sind. Die jetzt getroffene Entscheidung ist glatter Wortbruch! Bereits in den letzten Jahren haben die Bediensteten durch umfangreiche Einsparungen aller Landesregierungen - auch der CDU/FDP-Regierung - zur Konsolidierung beigetragen.

Für uns steht fest: Die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst darf nicht auseinanderdriften. Beamte dürfen nicht von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Damit unser öffentlicher Dienst auch in Zukunft leistungsfähig bleiben kann, ist es notwendig, dass Beschäftigte und Beamte fair und ordentlich bezahlt werden. Im Wettbewerb um die besten Köpfe muss sich unser Land Nordrhein-Westfalen richtig aufstellen.

Oberstes politisches Ziel ist die Sanierung des Landeshaushaltes. Wir wollen die Verschuldung senken. Um die Neuverschuldung strukturell zurückzuführen, will die CDU die Personalausgaben im öffentlichen Dienst begrenzen. Sie liegen heute bei fast 23 Mrd. Euro und machen rund 40 Prozent des Haushaltes aus. Beispiele für unsere Konsolidierungsvorschläge sind die Senkung der Personalausgaben um 1,5 Prozent jährlich (Demografie-Quote) sowie die Einführung von Verwaltungsassistenten bei der Polizei und in den Schulen. Damit können Polizisten und Lehrkräfte von reiner Verwaltungstätigkeit entlastet werden. Dann können sie sich besser auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren. Alle Vorschläge für strukturelle Reformen sind von der rot-grünen Landesregierung bei den Beratungen über den Landeshaushalt 2013 abgelehnt worden.

Verantwortungsvolle Personalpolitik darf nicht wie bei Rot-Grün durch Wortbruch und Willkür gekennzeichnet sein. Wenn die Landesregierung nicht hunderte Millionen Euro für rot-grüne Prestigeprojekte ausgegeben hätte, stünden heute in Zeiten höchster Steuereinnahmen und guter Konjunktur genügend Finanzmittel für eine 1:1-Übernahme des Tarifergebnisses zur Verfügung. Wir wollen Strukturreformen im öffentlichen Dienst unter gleichzeitiger, guter Bezahlung der Beschäftigten für gute Arbeit. Mit der Weigerung der rot-grünen Landesregierung, Strukturreformen durchzuführen und einem daraus resultierenden weiteren Auseinanderfallen der Einkommensentwicklung, schwächen wir unseren öffentlichen Dienst. Wir werden uns in den anstehenden Beratungen im Landtag für einen effizienten und attraktiven öffentlichen Dienst einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen


Armin Laschet

CDU-Nordrhein-Westfalen
Wasserstraße 6, 40213 Düsseldorf
Telefon (0211) 136000
www.cdu-nrw.de


Karl-Josef Laumann

CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Telefon (0211) 884-2364
www.cdu-nrw-fraktion.de